

MITTEILUNGEN

des Bundes für radikale Ethik, e.V.

Geschäftsstelle: BERLIN W 15, Düsseldorfer Straße Nr. 23.

Eine in unregelmäßiger Folge erscheinende Zeitschrift für Mitglieder und Freunde des Bundes.

Nummer 13-14.

Dezember 1926.

Preis 60 Pf.

Inhalt:

Ein Rückblick auf unsere Tätigkeit seit dem Ende des Weltkrieges.

Unsere Tätigkeit in den Jahren 1925 und 1926.

Das Recht des Tieres. Von Leonard Nelson.

Der Internationale Jugendbund und der Internationale Sozialistische Kampfbund. Von Willi Eichler.

Der Kampf gegen das betäubungslose Schlachten.

Giftgas-Versuche an Tieren. Von Karl Obermann.

Ein Blick in das Gemüt von Jagdfreunden.

Wieder ein Kind bei einer Treibjagd verunglückt.

Wie wirken Tierquälereien im Cirkus auf unverdorbene Kinder? Von Hans Klassen.

Schenkt Kindern kein Kriegsspielzeug und keine Peitschen!

Das Gemeindebestimmungsrecht zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Ueber unsere politische Tätigkeit.

Ueber den Volksentscheid für die Enteignung der Fürsten.

Gegen die Fridericus-Briefmarke.

Der Theosophische Orden des Dienens.

Wandervogel vegetarischer Art. — Kleine Mitteilungen.

Beilagen: Flugblatt „Der erste Schritt zur Grausamkeit“, 3. Auflage und Schriften-Verzeichnis, 7. Ausgabe.

Siehe die Mitteilungen über diese 2 neuen Schriften auf den Seiten 28 u. 29.

Diejenigen Mitglieder, die noch nicht den **Mitglieds-Beitrag für das Jahr 1926** gezahlt haben, bitten wir, ihn sofort zu senden.

Wir bitten auch, den Beitrag für das Jahr **1927** schon im Dezember 1926 zu zahlen und einige der auf den **Seiten 30-31** angebotenen **Weihnachtsgeschenke** zu bestellen.

Eine Postscheck-Zahlkarte liegt bei (Konto Nr. 56771).

Ein Rückblick auf unsere Tätigkeit seit dem Ende des Weltkrieges.

Während des Weltkrieges mußte unser Verein zwar seine Tätigkeit einschränken; aber auch in der Zeit, in der durch den Krieg das Wirken für unsere Bestrebungen am meisten erschwert wurde, haben wir viele erfolgreiche Arbeiten ausgeführt und auch ununterbrochen uns bemüht, in vielen Menschen den Abscheu vor dem Kriege zu wecken und sie von der Möglichkeit der Sicherung des Völkerfriedens zu überzeugen. Unser Vorsitzender hat während des Krieges auch nie daran gezweifelt, daß es uns nach dem Kriege möglich sein werde, ebenso erfolgreich zu wirken, wie es uns vor dem Kriege möglich war.

Sogleich nach der Beendigung des Krieges beschlossen wir, unsern Verein, der bisher „Gesellschaft zur Förderung des Tierschutzes und verwandter Bestrebungen“ hieß, vom 1. Januar 1919 an „Bund für radikale Ethik“ zu nennen. Schon im ersten Jahre nach dem Kriege übten wir eine vielseitige und erfolgreiche Tätigkeit aus. Wir veröffentlichten in ihm 2 Flugblätter und 8 Broschüren im Umfang von 312 Seiten, lieferten allen Mitgliedern 6 dieser Broschüren kostenfrei, verbreiteten im Ganzen etwa 8000 Broschüren unsers Verlages, etwa 25 000 von uns herausgegebene Flugblätter und viele Bücher und Broschüren fremden Verlages und führten noch manche andere Arbeiten aus, durch die wir den Mitgliedern und Freunden Belehrung und Anregung zum Wirken boten und unserer Bewegung in weiten Kreisen mehr Beachtung verschafften.

Viele Mitglieder sprachen nun die Hoffnung aus, daß wir bald auch die Monatsschrift „Ethische Rundschau“, die seit Oktober 1915 nicht mehr hatte erscheinen können, wieder herausgeben würden. Wir hielten es aber für wichtiger, Broschüren und Flugblätter zu veröffentlichen, und diese Arbeit ließ uns nicht genug Geld und Zeit zur Herausgabe einer Zeitschrift von der Art der „Ethischen Rundschau“ übrig. Am Anfang des Jahres 1920 beschlossen wir jedoch, ein in unregelmäßiger Folge erscheinendes Vereinsblatt mit dem Titel „Mitteilungen des Bundes für radikale Ethik“ herauszugeben, das hauptsächlich Tätigkeits-Berichte, geschäftliche Mitteilungen und andere Bekanntmachungen des Vorstandes, aber auch einige Abhandlungen enthalten sollte.

Wir hofften damals in jedem der nächsten Jahre etwa 4 Nummern der „Mitteilungen“ und einige andere Schriften veröffentlichen zu können. Wir glaubten, daß die wirtschaftliche Not weiter Kreise des deutschen Volkes nur noch wenig anwachsen und nur noch wenige Jahre lang dauern werde, und daß dann viele unserer Mitglieder und Freunde mit Freude bereit sein würden, unsern Bund durch große Geldspenden zu unterstützen. Die Not wurde aber in den nächsten Jahren viel größer, als selbst viele der kenntnisreichsten Fachleute befürchtet hatten; durch die Inflation wurden auch die meisten der wohlhabenden Mitglieder, von

denen wir früher oft eine große Spende erhalten hatten, so schwer geschädigt, daß sie nicht mehr bereit waren, uns durch große Sonder-Beiträge zu helfen; und nach der Inflation war es, wie wir schon in unserm vorigen Jahres-Bericht („Mitteilungen“, Nr. 11, Seite 4) erklärten, noch viel schwerer als in der Zeit der Mark-Entwertung, Geld für ethische Vereine zu erlangen. Aus diesen Gründen konnten wir in den letzten 7 Jahren nur 4 Broschüren, 3 Flugblätter, 2 Nummern der „Ethischen Korrespondenz“ und die Nummern 1—14 der „Mitteilungen“ herausgeben. Die von uns in diesen und den früheren Jahren veröffentlichten Broschüren und Flugblätter haben wir aber sehr weit verbreitet und dadurch die Anschauungen und die Lebensführung vieler Tausend Menschen, auch die vieler Schriftsteller und vieler Mitarbeiter an ethischen Bestrebungen, in Deutschland und einigen andern Ländern beeinflusst. Auch die in den letzten Jahren in Zeitschriften und Tagesblättern erschienenen vielen Aufsätze über unsere Schriften haben in vielen Lesern das Verständnis für unsere Anschauungen vertieft.

Wir können wohl erwarten, daß unsere Mitglieder gern auf den Empfang neuer Schriften verzichten, wenn uns die Arbeiten zur Verbreitung der schon erschienenen daran verhindern, neue zu veröffentlichen. Wir haben allen Mitgliedern früher so viele wertvolle Schriften für die Mitglieds-Beiträge geliefert, daß diejenigen, die uns nur 3—5 Mark jährlich zahlen, undankbar handeln würden, wenn sie aus unserm Bund austräten, weil wir nicht in jedem Jahr ihnen weitere Schriften für den Mitglieds-Beitrag senden, sondern in manchen Jahren ihre Mitglieds-Beiträge hauptsächlich für Arbeiten zur Ausdehnung unserer Bewegung auf weitere Kreise ausgeben.

Wir werden auch in Zukunft allen neuen Mitgliedern zahlreiche Schriften, deren Preis viel höher ist als der geringste jährliche Beitrag, liefern, weil wir es für sehr wichtig halten, daß alle neuen Mitglieder sogleich gründlich über alle die vielen Bestrebungen, die wir fördern, unterrichtet werden. Einige Mitglieder haben aber die Meinung ausgesprochen, daß viele Mitglieder regelmäßiger ihre Mitglieds-Beiträge und auch öfter einen Sonder-Beitrag zahlen würden, wenn wir den Mitgliedern im ersten Jahre der Mitgliedschaft eine viel geringere Anzahl Broschüren kostenfrei lieferten und das dadurch gesparte Geld dazu benützten, öfter eine Nummer der „Mitteilungen“ und eine neue Broschüre herauszugeben; denn die meisten Menschen hielten einen Verein, der, obwohl er hauptsächlich durch seine Schriften wirken will, in manchen Jahren nur ein so wenig umfangreiches und so unregelmäßig erscheinendes Vereinsblatt veröffentlicht, für wenig leistungsfähig. Daß aber unser Bund auch in den Jahren, in denen er nur 2 Nummern der „Mitteilungen“ veröffentlichte, große und erfolgreiche Werbearbeiten ausführte, das zeigen doch unsere Jahres-Berichte. Die meisten Menschen, die noch nicht selber viele Werbearbeiten für unpopuläre Bestrebungen ausgeführt haben, ahnen allerdings nicht, wie viel Arbeit es erfordert, Bestellungen von Zehntausenden

breiteten Schriften größer sein werden als die hier angegebenen. Aber in diesem Fall werden wir in der nächsten Nummer der „Mitteilungen“ unseren Tätigkeits-Bericht ergänzen oder berichtigen.

I. Veröffentlichung von Schriften.

Leider konnten wir in diesen zwei Jahren keine andere neue Schriften herausgeben als die Nummern 11, 12 und 13—14 unserer „Mitteilungen“.

Als einen Erfolg unserer Arbeit können wir aber die Veröffentlichung des von unserm Vorsitzenden verfaßten Flugblattes „Was sagt Hindenburg?“ bezeichnen, das zwar nicht von uns, aber auf unserm Antrag vom „Deutschen Friedens-Kartell“, dem unser Bund, wie die meisten unserer Mitglieder wissen, angeschlossen ist, herausgegeben wurde. Dieses Flugblatt wurde kurz vor der Reichspräsidenten-Wahl in etwa 200 000 Exemplaren verbreitet, und Auszüge aus ihm wurden von vielen Zeitungen nachgedruckt. Einige Worte zur Rechtfertigung unserer Agitation gegen die Erhöhung Hindenburg's zum Reichspräsidenten stehen in dem Aufsatz „Ueber unsere politische Tätigkeit“, auf Seite 24 dieser Nummer.

Neue Auflagen von Flugblättern unsers Bundes: Im Februar 1925 gaben wir eine neue Auflage von 25 000 Exemplaren unsers Flugblattes Nr. 126: „Ueber die Vivisektion“ heraus. Im Sommer 1925 und im Sommer 1926 wurden insgesamt 40 000 Exemplare unsers Flugblattes Nr. 103: „Liebe Kinder, fangt keine Schmetterlinge“, dessen neuen Auflagen wir seit dem Jahre 1922 gemeinsam mit dem „Berliner Tierschutz-Verein“ herausgeben, neugedruckt. Im Herbst 1926 ließen wir 31 000 Flugblätter Nr. 126: „Ueber die Vivisektion“, 3. Auflage, 13 000 Flugblätter Nr. 102: „Der erste Schritt zur Grausamkeit“, 3. Auflage, und 5 000 Exemplare unsers Schriften-Verzeichnisses, 7. Ausgabe, drucken.

II. Kostenfreie Lieferung von Schriften an Mitglieder.

Allen neuen Mitgliedern, die sich zur Zahlung des Mindest-Beitrages von 3 Mark jährlich verpflichteten, lieferten wir 11 Broschüren unsers Verlages, 12 Flugblätter und 5 Nummern unserer „Mitteilungen“. Diejenigen neuen Mitglieder, die mindestens 4 Mark jährlich zahlen wollen, erhielten außer diesen Schriften 2 andere Broschüren.

Allen Mitgliedern sandten wir im April 1925 Nr. 11 unserer „Mitteilungen“, der wir das Flugblatt „Was sagt Hindenburg?“ beilegte, im November 1925 Nr. 12 der „Mitteilungen“ und im August 1926 das Rundschreiben Nr. 318, das geschäftliche Mitteilungen und die Einladung zur XIX. ordentlichen Hauptversammlung, die am 7. August stattfand, enthielt.

Da in unserer Zeit viele Drucksachen verloren gehen, so bitten wir die Mitglieder, die nicht alle soeben genannten Schriften erhalten haben, uns mitzuteilen, welche Schriften nicht in ihren Besitz gelangt sind. Besonders richten wir diese Bitte an unsere Mitglieder im Aus-

land. Wir legen großen Wert darauf, daß jedes Mitglied alle unsere Veröffentlichungen liest, und liefern die etwa verloren gegangenen gern noch einmal kostenfrei.

III. Sonstige Verbreitung von Schriften.

In den Jahren 1925 und 1926 sind wieder große Mengen unserer Flugblätter bestellt worden. Wir verbreiteten

etwa 5 000 Flugblätter Nr. 102: „Der erste Schritt zur Grausamkeit“
(300 im Jahre 1925, 4 700 im Jahre 1926),

etwa 32 000 Flugblätter Nr. 103: „Liebe Kinder“

(18 000 im Jahre 1925, 14 000 im Jahre 1926),

etwa 38 000 Flugblätter Nr. 126: „Ueber die Vivisektion“ (illustriert)
(22 000 im Jahre 1925, 16 000 im Jahre 1926),

etwa 13 500 Flugblätter Nr. 127: „Die vegetarische Lebensweise“
(7 000 im Jahre 1925, 6 500 im Jahre 1926),

etwa 3 500 Flugblätter Nr. 128: „Ueber Gewalt, Zwang und Nötigung“
(2 000 im Jahre 1925, 1 500 im Jahre 1926).

Auch einige andere Flugblätter verteilten wir in diesen 2 Jahren in großen Mengen. — Unsere Broschüren wurden wieder von vielen Mitgliedern, sowie von Personen, die unserm Bund nicht angehören, von Vereinen und von Buchhandlungen bestellt. — Die von uns den Mitgliedern angebotenen Schriften fremden Verleges wurden in den letzten 2 Jahren etwas mehr verlangt als in den früheren Jahren nach dem Kriege. Besonders werden diese Bücher und Broschüren als Weihnachtsgeschenke benutzt.

Wie bisher, sandten wir auch in den Jahren 1925 und 1926 unsere neuen Veröffentlichungen an ungefähr 100 Bibliotheken, die sich bereit erklärt haben, unsere Schriften im Lesesaal auszulegen, dauernd aufzubewahren und in ihren Katalogen anzuführen.

An viele Hundert Personen, die uns um Probeschriften ersuchten, oder die uns als Freunde ethischer Bestrebungen genannt wurden, haben wir unentgeltlich eine Sammlung von Flugblättern gesandt.

IV. Verschiedene Arbeiten.

In vielen Vereinen hielt unser Vorsitzender Vorträge, von denen die meisten Fragen des Tierschutzes betrafen. An zahlreichen Sitzungen von Verbänden und Vereinen, in denen Arbeiten zur Förderung unserer Bestrebungen beraten wurden, nahm er teil. Zahlreiche eifrige Mitglieder unsers Bundes und Leiter anderer Vereine erhielten von ihm in Briefen und Gesprächen Ratschläge für ihr Wirken. — Es ist uns nicht möglich, über diese vielen kleinen Arbeiten genauer zu berichten.

Von unserer Tätigkeit im „Reichsausschuß für Fürsten-Enteignung“ handelt ein eigener Aufsatz auf Seite 25 dieser Nummer.

In vielen Tagesblättern und Zeitschriften erschienen Aufsätze über unsere Bestrebungen und Besprechungen unserer Schriften.

V. Ueber unsere Pläne.

Leider konnten wir, da auch in den Jahren 1925 und 1926 sehr viele Mitglieder uns den Mitglieds-Beitrag schuldig blieben, noch keinen einzigen der Pläne ausführen, über die wir in Nr. 11, Seite 4—5 berichteten. Aber wenn in den nächsten 3 Monaten die meisten Mitglieder einen Mitglieds-Beitrag und einige auch einen größeren Sonder-Beitrag zahlen, so werden wir im Jahre 1927 mehrere neue Schriften veröffentlichen und einige große Werbe-Arbeiten ausführen.

Der Vorstand.

Das Recht der Tiere.

Von Leonard Nelson.

Ich behaupte, daß es ein Recht der Tiere giebt, nicht von den Menschen zu beliebigen Zwecken mißbraucht zu werden. Dies ist etwas sehr anderes als ein Recht der Menschen, nicht durch das Aergernis der Tierquälerei verletzt zu werden. Wem dies nicht einleuchtet, oder wem die damit erhobene Forderung zu weitgehend erscheint, der braucht sich nur die Frage vorzulegen, ob er für sich selbst damit einverstanden sein würde, von einem ihm an Macht überlegenen Wesen nach dessen Belieben mißbraucht zu werden.

Man darf daher diese Forderung auch nicht etwa als einen Ausfluß bloßer Sentimentalität ansehen. Denn sie verlangt nur die Erfüllung einer Pflicht, nicht aber mutet sie uns einen Akt des Wohlwollens zu. Wenigstens wird man so lange hier nicht von übertriebener Sentimentalität sprechen dürfen, als man sich noch die Sentimentalität gestattet, nicht selber durch den bloßen Anblick der Tierquälerei gequält werden zu wollen, durch einen Anblick, der doch wohl im Allgemeinen eine weit geringere Qual bedeutet als die dem gequälten Tier selbst zugefügte. Wer auch nur die Möglichkeit zugesteht, durch den Anblick von Tierquälerei selbst gequält zu werden, der gesteht damit zu, daß auch die Tiere den Schmerz empfinden. Und er beweist damit zugleich, daß er in die dem Tiere zugefügten Leiden seinerseits nicht einwilligen würde.

Wer daher die Forderung der strengen Durchführung eines gesetzlichen Rechtsschutzes der Tiere als einen Ausfluß sentimentaler Schwäche verwirft, der dürfte wenigstens auch nicht so sentimental sein, daran Anstoß zu nehmen, wenn sonst wehrlose Wesen, etwa seine eigenen Kinder, von Anderen zu beliebigem Genuß mißbraucht werden. Ja zu allererst müßte er, um der Konsequenz willen, für seine eigene Person auf allen und jeden gesetzlichen Rechtsschutz zu verzichten bereit sein. Er müßte sich denn zu der Behauptung versteigen, daß die bloße größere Macht, sich selbst gegen Mißhandlungen zu schützen, einen größeren Anspruch auf staatlichen Schutz begründe.

Es ist der untrügliche Maßstab für die Rechtlichkeit des Geistes einer Gesellschaft, wie weit sie die Rechte der Tiere anerkennt. Denn während

die Menschen sich nötigenfalls, wo sie als Einzelne zu schwach sind, um ihre Rechte wahrzunehmen, durch Koalition, vermittelt der Sprache, zu allmählicher Erzwungung ihrer Rechte zusammenschließen können, ist die Möglichkeit solcher Selbsthilfe den Tieren versagt, und es bleibt daher allein der Gerechtigkeit der Menschen überlassen, wie weit diese von sich aus die Rechte der Tiere achten wollen.

(§ 127 des Werkes „System der philosophischen Rechtslehre und Politik“ von Professor Dr. Leonard Nelson, dem Gründer des „Internationalen Jugend-Bundes“. Verlag: „Der Neue Geist“, Leipzig, 1924. XXXV und 680 Seiten. Preis: brosch. 16 M., gebd. 20 M.)

Der „Internationale Jugend-Bund“ (IJB) und der „Internationale Sozialistische Kampf-Bund“ (ISK).

Von Willi Eichler.

In No. 6 der „Mitteilungen“ veröffentlichte Magnus Schwantje einen Aufsatz über den Bundestag des Internationalen Jugendbundes im August 1922. Ich will hier kurz über die Entwicklung dieses Bundes in den letzten vier Jahren berichten.

Der Internationale Jugendbund erstrebt eine nach dem Grundsatz der persönlichen Gleichheit, also gerecht eingerichtete, d. h. ausbeutungsfreie — kurz: eine sozialistische Form der Gesellschaft. Wer an der Schaffung einer solchen Gesellschaftsordnung mitarbeiten will, darf sich aber nicht damit begnügen, selber kein Kapitalist zu sein und also keinen Mehrwert einzustecken, sondern er muß seine gesamte Lebensführung so einrichten, daß er keine anderen Wesen ausbeutet, seien dies seine Familien-Angehörigen oder fremde Menschen oder Tiere. Gerade die Ausbeutung der Tiere, die heute den wenigsten Menschen als Ausbeutung erscheint, ist die schlimmste Ausbeutung, weil sie sich gegen die hilflosesten Wesen richtet. Der IJB fordert daher von allen seinen Mitgliedern die vegetarische Lebensweise, weil das Fleischessen die Ermordung harmloser Tiere erfordert, und zu scheußlichen Quälereien bei der Mästung, beim Transport und beim Schlachten Anlaß giebt.

Ferner fordert der IJB von seinen Mitgliedern Alkohol-Abstinenz. Ein denkender Arbeiter trinkt nicht, und ein trinkender Arbeiter denkt nicht! Das ist der Grund für die genannte Forderung.

Unbestechliche Wahrheitsliebe und Mut zum Bekennen dessen, was man für wahr hält, daran fehlt es in der heutigen Gesellschaft. Von dieser Einsicht ausgehend verfolgten die Führer des IJB seit langer Zeit den Plan, ein eigenes Erziehungsheim einzurichten. Dieser Plan ist jetzt verwirklicht worden. Der IJB besitzt dank der Opferwilligkeit seiner Freunde ein solches Erziehungsheim: die Walkemühle bei Melsungen.

Der Zweck der Schule bestimmt das Leben dort. Alles, was nicht von den Schülern selber eingesehen oder nachgeprüft werden kann, jeder Dogmatismus also, ist aus dem Unterricht verbannt worden; — wie radikal,

das erhellt daraus, daß es, wie Leonard Nelson im Februar-Heft der „Tat“ sagt, dort bereits als eine Vergewaltigung der Schüler angesehen wird, die den Mut und die Ehrlichkeit der Schüler bricht, wenn der Lehrer sein Urteil überhaupt ausspricht.¹⁾

Neben der politischen Erziehungsarbeit aber ist es nötig, am politischen Befreiungskampf unmittelbar teilzunehmen, und also sich politisch zu organisieren. In den ersten Jahren seines Bestehens stellte es der IJB seinen Mitgliedern frei, welcher linksgerichteten Partei sie angehören wollten. Nachdem er aber schlechte Erfahrungen mit der Kommunistischen Partei gemacht hatte, und nachdem im Jahre 1923 die Wiedervereinigung der Sozialdemokratischen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vor sich gegangen war, machte es der IJB im Jahre 1923 seinen Mitgliedern zur Pflicht, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten, um die damals mehr als je nötige Einheitsfront zu unterstützen.

Während unserer Arbeit in der SPD erlebten wir aber, wohin es führt, wenn bei dem Kampf um eine bessere Gesellschaftsordnung der Weg der Wissenschaft und der Erziehung verlassen wird. Statt des Suchens nach Wahrheit fanden wir dort starren Dogmatismus, wie er sich zum Beispiel darin zeigt, daß jeder Kritiker der Demokratie von vornherein in Acht und Bann getan wird, und daß jede Theorie, die nicht auf dem historischen Materialismus fußt, oder das wenigstens vorgiebt, von vornherein als „bürgerliche Ideologie“ verächtlich gemacht wird. Da man aber auch die ethische Begründung des Sozialismus und damit die einzig mögliche Begründung des Kampfes für den Sozialismus als „bürgerliche Ideologie“ verspottet, so ist der Klassenkampf heute in der Partei nur noch auf dem Papier des Programms vorhanden, und der bloße Opportunismus hat dort die Herrschaft an sich gerissen.

Kein Wunder also, daß wir den Führern der Partei — nicht etwa den andern Parteigenossen — mit der Vertretung unserer Forderungen auf die Nerven fielen, obwohl alle diese Forderungen dem Programm nach auch von der Partei hätten vertreten werden müssen. Schließlich konnte sich der Partei-Vorstand nicht anders retten: mit der Begründung, der IJB organisiere die Opposition, seine Arbeit in der SPD trage den „Charakter der Zellenbauerei“, wurde der IJB am 2. November 1925 durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes aus der SPD ausgeschlossen.

Damit war der Beweis erbracht worden, daß grundsätzliche, ernsthafte Arbeit für den Sozialismus in der SPD nicht möglich ist.

Den Mitgliedern des IJB aber blieb nichts weiter übrig, als eine neue politische Organisation zu schaffen. Diese Organisation ist der Internationale Sozialistische Kampf-Bund²⁾. Dieser Bund unterscheidet sich von den

¹⁾ Wer sich im Einzelnen mit den pädagogischen Grundsätzen des IJB bekannt machen will, der sei auf die Schriften von Leonard Nelson, insbesondere auf: „Erziehung zum Führer“, „Erziehung zum Knechtsgeist“, „Ethischer Realismus“ und „Reformation der Gesinnung“ hingewiesen.

²⁾ Ueber die Ziele und die Arbeit des Isk unterrichtet im Einzelnen die vom Vorstand herausgegebene Monatsschrift „Isk“, die durch die Post zum Preise von 60 Pf. und 6 Pf. Bestellgeld für ein Vierteljahr zu beziehen ist.

anderen bestehenden politischen Organisationen zunächst dadurch, daß sein Ziel und die Wege dahin wissenschaftlich erforscht werden. Das hat zur Folge, daß im ISK Mehrheitsbeschlüsse keinen Platz haben. — Um den Mißbrauch der Macht im ISK nach Menschenmöglichkeit auszuschließen — was durch Mehrheitsbeschlüsse jedenfalls nicht erreichbar ist —, ist eine besonders sorgfältige Erziehungsarbeit nötig. Denn nur die Unwandelbarkeit des Charakters sichert den Einzelnen dagegen, daß seine Schwächen und Leidenschaften die Herrschaft über ihn gewinnen. Die Erziehung zu solcher Unwandelbarkeit aber besteht darin, daß man Forderungen an den zu Erziehenden stellt, Forderungen, die sich letzten Endes herleiten lassen aus dem Grundsatz des Konfuzius:

„Der Edle schämt sich davor, daß seine Worte seine Taten übertreffen.“

Der Kampf gegen das betäubungslose Schlachten.

Am 11. März 1926 richtete der Münchener Tierschutz-Verein an den Bayerischen Landtag das folgende Ersuchen:

„Im Verfassungsausschusse des Bayerischen Landtages wurde jüngst der Antrag auf Verbot des betäubungslosen Schächtens mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Gleichzeitig wurde die Staatsregierung ersucht, unverzüglich zu veranlassen, daß das Schächten — wie das in München schon seit Jahren der Fall ist — nach der Zahl der jüdischen Bevölkerung kontingentiert wird.

Mit diesem zweiten Beschlusse ist ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Aber keineswegs können sich die Gegner des betäubungslosen Schächtens dabei beruhigen. Wir wenden uns daher an den Landtag mit der Bitte, durch Gesetz die Betäubung für alle Schlachttiere vorzuschreiben und damit das betäubungslose Schächten in Bayern zu verbieten.“

Der bayerische Landtag beschloß darauf am 8. Juli 1926 mit großer Mehrheit:

„die Staatsregierung zu ersuchen:

1.) alsbald gesetzliche Anordnungen zu erlassen, wonach Rinder, Schafe, Ziegen und andere Wiederkäuer, Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere, Schweine und Hunde, die geschlachtet werden, vor Beginn der Blutentziehung zu betäuben sind;

2.) durch gesetzliche Anordnungen sicherzustellen, daß überall dort, wo es möglich erscheint, die Betäubung des Schlachtviehes statt durch freien Kopfschlag durch mechanisch wirkende Geräte (Schußbolzen u.s.w.) erfolgt, die geeignet sind, die Betäubung oder den sofortigen Tod des Tieres herbeizuführen.“

Für diesen Antrag stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschen, der Bauernbund, die Sozialdemokraten und die Kommunisten; gegen ihn die Bayerische Volkspartei und die Freie Vereinigung.

das erhellt daraus, daß es, wie Leonard Nelson im Februar-Heft der „Tat“ sagt, dort bereits als eine Vergewaltigung der Schüler angesehen wird, die den Mut und die Ehrlichkeit der Schüler bricht, wenn der Lehrer sein Urteil überhaupt ausspricht.¹⁾

Neben der politischen Erziehungsarbeit aber ist es nötig, am politischen Befreiungskampf unmittelbar teilzunehmen, und also sich politisch zu organisieren. In den ersten Jahren seines Bestehens stellte es der IJB seinen Mitgliedern frei, welcher linksgerichteten Partei sie angehören wollten. Nachdem er aber schlechte Erfahrungen mit der Kommunistischen Partei gemacht hatte, und nachdem im Jahre 1923 die Wiedervereinigung der Sozialdemokratischen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vor sich gegangen war, machte es der IJB im Jahre 1923 seinen Mitgliedern zur Pflicht, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten, um die damals mehr als je nötige Einheitsfront zu unterstützen.

Während unserer Arbeit in der SPD erlebten wir aber, wohin es führt, wenn bei dem Kampf um eine bessere Gesellschaftsordnung der Weg der Wissenschaft und der Erziehung verlassen wird. Statt des Suchens nach Wahrheit fanden wir dort starren Dogmatismus, wie er sich zum Beispiel darin zeigt, daß jeder Kritiker der Demokratie von vornherein in Acht und Bann getan wird, und daß jede Theorie, die nicht auf dem historischen Materialismus fußt, oder das wenigstens vorgiebt, von vornherein als „bürgerliche Ideologie“ verächtlich gemacht wird. Da man aber auch die ethische Begründung des Sozialismus und damit die einzig mögliche Begründung des Kampfes für den Sozialismus als „bürgerliche Ideologie“ verspottet, so ist der Klassenkampf heute in der Partei nur noch auf dem Papier des Programms vorhanden, und der bloße Opportunismus hat dort die Herrschaft an sich gerissen.

Kein Wunder also, daß wir den Führern der Partei — nicht etwa den andern Parteigenossen — mit der Vertretung unserer Forderungen auf die Nerven fielen, obwohl alle diese Forderungen dem Programm nach auch von der Partei hätten vertreten werden müssen. Schließlich konnte sich der Partei-Vorstand nicht anders retten: mit der Begründung, der IJB organisiere die Opposition, seine Arbeit in der SPD trage den „Charakter der Zellenbauerei“, wurde der IJB am 2. November 1925 durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes aus der SPD ausgeschlossen.

Damit war der Beweis erbracht worden, daß grundsätzliche, ernsthafte Arbeit für den Sozialismus in der SPD nicht möglich ist.

Den Mitgliedern des IJB aber blieb nichts weiter übrig, als eine neue politische Organisation zu schaffen. Diese Organisation ist der Internationale Sozialistische Kampf-Bund²⁾. Dieser Bund unterscheidet sich von den

¹⁾ Wer sich im Einzelnen mit den pädagogischen Grundsätzen des IJB bekannt machen will, der sei auf die Schriften von Leonard Nelson, insbesondere auf: „Erziehung zum Führer“, „Erziehung zum Knechtsgeist“, „Ethischer Realismus“ und „Reformation der Gesinnung“ hingewiesen.

²⁾ Ueber die Ziele und die Arbeit des Isk unterrichtet im Einzelnen die vom Vorstand herausgegebene Monatsschrift „Isk“, die durch die Post zum Preise von 60 Pf. und 6 Pf. Bestellgeld für ein Vierteljahr zu beziehen ist.

anderen bestehenden politischen Organisationen zunächst dadurch, daß sein Ziel und die Wege dahin wissenschaftlich erforscht werden. Das hat zur Folge, daß im ISK Mehrheitsbeschlüsse keinen Platz haben. — Um den Mißbrauch der Macht im ISK nach Menschenmöglichkeit auszuschließen — was durch Mehrheitsbeschlüsse jedenfalls nicht erreichbar ist —, ist eine besonders sorgfältige Erziehungsarbeit nötig. Denn nur die Unwandelbarkeit des Charakters sichert den Einzelnen dagegen, daß seine Schwächen und Leidenschaften die Herrschaft über ihn gewinnen. Die Erziehung zu solcher Unwandelbarkeit aber besteht darin, daß man Forderungen an den zu Erziehenden stellt, Forderungen, die sich letzten Endes herleiten lassen aus dem Grundsatz des Konfuzius:

„Der Edle schämt sich davor, daß seine Worte seine Taten übertreffen.“

Der Kampf gegen das betäubungslose Schlachten.

Am 11. März 1926 richtete der Münchener Tierschutz-Verein an den Bayerischen Landtag das folgende Ersuchen:

„Im Verfassungsausschusse des Bayerischen Landtages wurde jüngst der Antrag auf Verbot des betäubungslosen Schächtens mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Gleichzeitig wurde die Staatsregierung ersucht, unverzüglich zu veranlassen, daß das Schächten — wie das in München schon seit Jahren der Fall ist — nach der Zahl der jüdischen Bevölkerung kontingentiert wird.“

Mit diesem zweiten Beschlusse ist ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Aber keineswegs können sich die Gegner des betäubungslosen Schächtens dabei beruhigen. Wir wenden uns daher an den Landtag mit der Bitte, durch Gesetz die Betäubung für alle Schlachttiere vorzuschreiben und damit das betäubungslose Schächten in Bayern zu verbieten.“

Der bayerische Landtag beschloß darauf am 8. Juli 1926 mit großer Mehrheit:

„die Staatsregierung zu ersuchen:

1.) alsbald gesetzliche Anordnungen zu erlassen, wonach Rinder, Schafe, Ziegen und andere Wiederkäuer, Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere, Schweine und Hunde, die geschlachtet werden, vor Beginn der Blutzüchtung zu betäuben sind;

2.) durch gesetzliche Anordnungen sicherzustellen, daß überall dort, wo es möglich erscheint, die Betäubung des Schlachtviehes statt durch freien Kopfschlag durch mechanisch wirkende Geräte (Schußbolzen u.s.w.) erfolgt, die geeignet sind, die Betäubung oder den sofortigen Tod des Tieres herbeizuführen.“

Für diesen Antrag stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschen Nationalen, der Bauernbund, die Sozialdemokraten und die Kommunisten; gegen ihn die Bayerische Volkspartei und die Freie Vereinigung.

Der Kampf gegen das betäubungslose Schlachten muß auch von Vegetariern unterstützt werden. Ich habe diese Forderung in der Schrift „Hat der Mensch das Recht, Fleisch zu essen?“ kurz begründet (Seite 45—46 und 47 der 2. Auflage, Seite 38—39 und 40 der 1. Auflage; ferner Seite 8 des Vorwortes der 2. Auflage). Zu den vielen Schriften, die unser Bund herausgegeben hätte, wenn er das dazu erforderliche Geld besäße, gehört auch eine Schrift gegen das Schächten. Wir beabsichtigten nun, in dieser Nummer der „Mitteilungen“ den Mitgliedern die Schriften des Münchener Tierschutz-Vereins: „Gegen das betäubungslose Schächten“ und „Die deutschen Tierärzte gegen das betäubungslose Schächten“ unentgeltlich, oder zu niedrigen Preisen anzubieten. Die zuerst genannte Schrift enthält eine von Oberregierungsrat Dr. Rudolf Einhauser verfaßte, 21 Seiten in Groß-Oktav umfassende Begründung des soeben wiedergegebenen Ersuchens an den bayerischen Landtag. Der größte Teil der andern Schrift, die 99 Seiten in Groß-Oktav umfaßt, besteht aus Gutachten von Schlachthof-Direktoren und andern Fachleuten, die das Schächten scharf verurteilen. Leider sind aber die beiden Schriften schon bis auf wenige Exemplare vergriffen. Wir hoffen sie in der nächsten Nummer der „Mitteilungen“ anbieten zu können. Vorläufig müssen unsere Mitglieder sich mit den folgenden Auszügen aus der zuletzt genannten Broschüre begnügen.

M. S.

Aus einer im Jahre 1910 an den Reichstag gerichteten Eingabe von **41 deutschen tierärztlichen Vereinen und 612 deutschen Schlachthof-Tierärzten:**

„Fast alle deutschen Tierärzte halten heute das rituelle Schächten der Juden für eine tierquälereische, den Forderungen der Humanität nicht entsprechende Schlachtmethode, die im Vergleiche mit der modernen Anwendung der Schußbetäubung vor der Blutentziehung... als verwerflich angesehen werden muß...“

Der ganze Schächtakt wirkt auf den unbefangenen Zuschauer grauen-erregend und ist danach angetan, bei der heranwachsenden Metzgerjugend Verrohung hervorzurufen...

Die unterzeichneten Vereine, sowie die persönlich unterzeichneten Schlachtierärzte, die wohl Anspruch auf Sachverständigkeit erheben dürfen, fühlen nach alledem die unabweisbare Pflicht, davor zu warnen, daß eine Schlachtmethode gesetzlich sanktioniert werde, die den von ihr betroffenen Tieren Qualen bereitet, die Jugend verroht und dem Volks-empfinden zuwider ist.“

Erklärung des „Reichsverbandes praktischer Tierärzte“, einstimmig beschlossen in der Hauptversammlung am 5. Juni 1926:
„Im Jahre 1910 haben 41 deutsche tierärztliche Vereine dem Reichstage ihre Stellungnahme zur Schächtfrage in einer Erklärung dargelegt. Seit

der Zeit hat sich nichts ereignet, was zu Gunsten des Schächtens angeführt werden könnte... Infolge dessen hält die Hauptversammlung des Reichsverbandes praktischer Tierärzte an dem Inhalt der erwähnten, im Jahre 1910 abgegebenen Erklärung auch heute noch fest. Sie vertritt ausdrücklich die Auffassung, daß Urteile von Wert über das Schächten nur aus langjähriger praktischer Erfahrung heraus abgegeben werden können. Als solche Praktiker kommen vor allem die Tierärzte in Frage, die jahraus, jahrein das Schächten beruflich sehen.“

Diesem Beschlusse haben auch die jüdischen Teilnehmer an der Hauptversammlung zugestimmt.

Aus einer Eingabe des
„Münchener Vereins gegen Vivisektion und sonstige Tierquälerei“
an den bayerischen Landtag:

„Der Verein... steht mit seiner ganzen Vorstandschaft hinter dem ‚Münchener Tierschutz-Verein‘ in dem Verlangen nach gesetzlicher Einführung des Betäubungszwanges vor der Schlachtung...“

Bei Bekämpfung der Schlachtgreuel und unter ihnen auch des Schächtens handelt es sich darum, eine Kulturschande schlimmster Art aus der Welt zu schaffen... Es handelt sich für uns in keiner Weise um antisemitische Einstellung. Unser Verein hat in seinen eigenen Reihen Mitglieder jeglicher Konfession, die die Schächtung ebenso sehr verdammen, wie sie den Antisemitismus ablehnen...

Das Verlangen des Brudervereins, den Betäubungszwang durch gesetzliche Regelung vorzuschreiben, erscheint uns als die selbstverständliche Forderung eines Kulturvolkes. Durch Weiterduldung der heutigen tierquälereischen Schlachtmethoden würde es seine Menschenwürde schänden.“

Die Vereinsleitung:

gez. L. Quidde, Vorsitzender.

gez. H. Scheibenpflug, Regierungsrat, stellvertr. Vorsitzender.

Giftgas-Versuche an Tieren.

Tierquälereien zur Vorbereitung des nächsten Krieges.

Von Karl Obermann.

Die folgenden Mitteilungen sind einem Flugblatt der Britischen Vereinigung für die Abschaffung der Vivisektion entnommen, das die entsetzlichen Tierquälereien bei den Giftgas-Versuchen in Porton bei Salisbury in England enthüllt. — Warum werden dort Tiere gemartert und getötet? Damit im nächsten Krieg die Menschen mehr gemartert und in größerer Menge getötet werden können. Allerdings redete man davon, daß der Weltkrieg von 1914—1918 der letzte Krieg gewesen sei. Aber schon am 8. Juli 1922 war im „Daily Herald“ unter „Kosten des Haushalts“ zu lesen:

Komitee für Kriegs-Chemie 39 300 Pfund St.

Chemische Kriegs-Versuchsstation Porton . . 130 400 Pfund St.

Eine Notiz sagt weiter: Die Chemische Kriegs-Versuchsstation dient zur Ausprobierung und Vervollkommnung der Gas-Anwendung für den Angriff und für die Verteidigung. Vor 2 Jahren wurden für die Vorbereitung der Gaswaffe 53 870 Pfund ausgegeben. In diesem Jahre werden 169 700 Pfund ausgegeben.

Die folgenden Schilderungen, die der „Manchester Guardian“ nach der Darstellung einer großen amerikanischen Giftgasfabrik wiedergibt, zeigen uns die Wirkungsweise der gebrauchten Substanzen:

„Das beste Erstickungsgas wird Phosgene genannt. Senfgas verbrennt das Fleisch und dringt durch jede Kleidung, wie man im Kriege festgestellt hat. Chloropierin erzeugt heftiges Erbrechen und Schwäche der Opfer, sodaß diese vom Feinde leicht getötet werden können. Lacrymatory-Gas verursacht ein Tränen der Augen, das die Opfer wohl kaum einen Bayonettangriff überleben läßt. Lewisite ist ein verbrennendes Gas wie Senfgas, aber weit stärker in der Wirkung. Es verbreitet sich langsam, nicht wie Phosgene, welches sich am besten für gewöhnliche Luftbomben eignet, denn der Wind treibt Phosgene weit umher, alles erstickend. Durch die Kraft des Windes kann jedoch auch Lewisite über Städte verstreut werden. Es hat eine vortreffliche Brandwirkung auf Kleider, Haut und Fleisch, überhaupt auf alles, und weder Bürger noch Soldaten können sich vor diesem Gase schützen. Lewisite, das von Newland, Professor an der Londoner katholischen Universität erfunden und von Professor Lee Lewis an der Nord-West-Universität vervollkommen wurde, ist aus Acetylen mit einer Auflösung von Arseniktrichloride zusammengesetzt. Es durchdringt jede Maske und geht durch Fleisch und Lungen in den Körper, verbrennt also das Opfer innen wie außen.“*)

Leonard Hill, ein britischer Forscher, schrieb im „British Medical Journal“ vom 4. Dezember 1915:

„Die zu einem Gasversuch benutzten Tiere leiden zuerst an einer übermäßigen Absonderung der Augen- und Speicheldrüsen. Sie suchen zu entfliehen, und wenn das Gas in dem Zimmer noch nicht durch einen Ventilator gemischt ist und infolgedessen nach unten gesunken ist, halten sie ihre Köpfe, um besser atmen zu können, so hoch wie möglich. Doch die Atmung

*) Anmerkung der Redaktion: In den meisten großen Staaten Europas bestehen jetzt Fabriken, die Instande sind, große Mengen von Giftgasen zu erzeugen, mit denen sämtliche lebenden Wesen, sowohl die Menschen wie die Tiere, in einer großen Stadt innerhalb weniger Stunden qualvoll getötet werden können, und gegen deren mörderische Wirkung die Menschen in den Städten und Ländern, auf die die Giftgas-Bomben aus Luftschiffen geworfen werden, sich in keiner Weise wehren können. Wer diese neue Kriegswaffe genauer kennen lernen will, lese die Schriften der Chemikerin Dr. Gertrud Woker, Privatdozentin an der Universität Bern: „Im Zeichen der Wissenschaft dem Abgrund entgegen!“ und „Ueber Giftgase“. Diese Schriften kosten nur je 10 Pf. Sie sind vom Deutschen Zweig der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“, München, Kaulbachstr. 12, herausgegeben worden und können auch durch die „Deutsche Friedens-Gesellschaft“, Berlin SW.68, Zimmerstr. 87 bezogen werden. Eine größere Schrift mit dem Titel „Der kommende Giftgaskrieg“ von Dr. Gertrud Woker ist im Verlag von Ernst Oldenburg in Leipzig erschienen.

wird bald schneller, um dann, wenn die Bewegung der Lunge und die Ausschwitzung in den Luftröhren zunimmt, langsamer und schwerer zu werden. Mit jedem Atemzug wird die Schwierigkeit des Einatmens vergrößert. Das Maul steht offen, und an den Oeffnungen von Nase und Maul hängt eine schäumende Absonderung. Die ganze Kraft verwendet das Tier zur Atmung; endlich fällt es vor Erschöpfung zusammen, das Atmen wird seltener und schwächer, und das Tier stirbt. Wenn das Tier in dem Stadium der schweren Atmung von dem Gift befreit wird, tritt der Tod gewöhnlich während der nächsten 24 Stunden ein. Bleibt es aber länger am Leben, so wird es doch langsam in den nächsten Tagen zugrunde gehen. Eines der Tiere starb noch später als 14 Tage nach dem Versuch.“

Vom 14. Mai 1923 bis zum 31. Januar 1926 wurden zu solchen Giftgasversuchen in England gebraucht:

124 Katzen, 1136 Kaninchen, 227 Ratten, 58 Ziegen, 406 Meer-schweinchen, 6 Affen, 176 Mäuse, 5 Pferde, **zusammen 2138 Tiere.**

Von diesen wurden 447 im oder sogleich nach dem Versuch vernichtet; 1132 andere starben im Laufe eines Monats; 345 erlitten keinen Schaden; der Rest ging jedoch noch später als einen Monat nach dem Versuch zugrunde oder wurde nochmals gebraucht.

So wird in unserer Zeit der nächste Krieg durch Tier-Vivisektionen vorbereitet! Weil man im nächsten Krieg so viele Menschen wie möglich vernichten will, versucht man an Tieren, durch welche Mittel man am sichersten und am schnellsten die größte Anzahl von Morden ausführen kann. Millionen Menschen sehen die Wahnsinnigkeit eines solchen Massenmordens ein und rufen „Nie wieder Krieg!“ Aber auch von diesen Menschen erkennen nur wenige die tiefer liegenden Ursachen des Krieges; nur wenige von ihnen sehen ein, daß die Grausamkeit, die eine der Ursachen des Krieges ist, nur wenig bekämpft werden kann, solange die Menschen täglich Millionen Tiere morden, bloß um sich einen Gaumengenuß zu verschaffen, und die ruchlosesten Grausamkeits-Gelüste am Tier befriedigen. Wer helfen will, auch durch eine Aenderung der Lebensführung der Menschheit die Ursachen des Krieges zu bekämpfen, muß auch die vegetarische Bewegung und die gesamten Tierschutz-Bestrebungen fördern. (Vergleiche die Schrift „Tiermord und Menschenmord, Vegetarismus und Pazifismus“ von Magnus Schwantje; zu beziehen durch den Bund für radikale Ethik, Berlin W. 15, Düsseldorf Str. 23; Preis 60 Pf.)

Ein Blick in das Gemüt von Jagdfreunden.

Ueber welche fürchterlichen Tierquälereien manche Jagdfreunde lachen können, das zeigt der folgende Bericht, den der „Kreis-Anzeiger. Tageszeitung für die Kreise Gardelegen, Neuhaldensleben u. s. w.“ mit der Überschrift „Eine lustige Jagdgeschichte“ veröffentlicht:

„Jerchel, 25. November 1925. Der erste Weidmann unseres Ortes schoß dieser Tage auf einer Buschjagd eine Ricke. Das Tier war im Feuer zusammengebrochen und der Jäger wollte es, weil todkrank, „abfangen“. Schon saß das Messer im Genick der Ricke, sie schweißte*) sogar; als jedoch einer der Jagdteilnehmer das Tier bei den Ohren faßte, sprang es blitzschnell vom Erdboden auf, lief eiligst davon und verschwand im Walde, noch bevor der Jäger die Situation richtig erfaßt hatte. Bis heute ist das verwundete Stück Wild noch nicht wieder gesehen worden. Vermutlich trägt es noch immer das Messer unseres Weidmannes im Genick, damit der nächste Schütze, dem die Ricke vor die Büchse kommen sollte, gleich aufbrechen kann. Das seltene Jagdabenteuer aber wird hier viel belacht.“

In der von uns herausgegebenen Schrift „Die Verwerflichkeit des Jagdvergnügens“ (Preis 60 Pf.) sagt Magnus Schwantje: „Millionen von Jagdtieren, besonders Vögel, werden ... nur so verwundet, daß sie noch flüchten können. Diese müssen dann vom Jäger mühsam aufgesucht werden und werden oft nicht gefunden. Die Zahl der angeschossenen Tiere, die so flüchten, daß sie nicht aufgefunden werden, ist nach den eigenen Schriften der Jäger ungeheuer groß. Die Qualen, die alle diese Tiere auszuhalten haben, wenn sie tagelang mit zerrissenen Eingeweiden, oder mit zerschossenen Beinen, oder mit zerschmettertem Kiefer daliegen, geplagt vom brennendsten Durst, gequält von Fliegen, die sich in die Wunde setzen, oft auch lebendig von Würmern angefressen, bis die Lebenskraft erlischt, oder ein Raubtier herbeikommt, — diese Qualen sind so groß wie die bei einer Vivisektion, die schon zu den besonders grausamen Versuchen gerechnet wird. In Büchern über die Treibjagd wird gefordert, daß man aus Rücksicht auf die Tiere spätestens am Morgen nach der Jagd die Gebüsche nach angeschossenem Wild durchsuchen solle. Was würden wir von einem Schlachter sagen, der den Tieren am Abend eine höchst schmerzhafteste, aber nicht schnell tödende Wunde beibrächte und erst am nächsten Morgen nachsähe, ob die Tiere schon ausgelitten haben!“

Was aber würde man von einem Schlachter sagen, wenn er es als eine „lustige Schlachtgeschichte“ bezeichnete, daß ein Schwein, oder ein Schaf u. s. w. während des Schlacht-Aktes sich losgerissen habe und mit dem Schlachtmesser im Halse weggelaufen und nicht wiedergefunden worden sei!

Erstaunlich ist es, daß die Redaktion eines in allen Kreisen der Bevölkerung verbreiteten amtlichen Anzeigen-Blattes einen Bericht, in welchem eine derartige Tierquälerei „lustig“ genannt wird, aufzunehmen wagt. Aber freilich, in kleinen Städten und Dörfern, wo die Menschen mehr als in größeren Städten von einander abhängig sind, ist es manchmal gefährlich, gegen die Veröffentlichung solcher Jagdgeschichten zu protestieren, weil die Jagd hauptsächlich von angesehenen

*) „Schweißten“ ist im Jäger-Jargon der Ausdruck für Bluten.

und einflußreichen Personen ausgeübt wird, und viele von diesen Leuten sich selber getroffen fühlen, wenn eine bei der Jagd verübte Tierquälerei eine Rohheit genannt wird.

Wieder ein Kind bei einer Treibjagd verunglückt.

In Nr. 9 der „Mitteilungen“ berichteten wir darüber, daß 25 Zöglinge der Fürsorge-Anstalt in Tempelburg in Pommern, die an einer Treibjagd als Treiber teilgenommen hatten, während der Jagd, bei der kargen Mahlzeit und auf dem Heimweg so schwer durch die Kälte litten, daß 8 von ihnen, wie die „Danziger Volksstimme“ schrieb, „ihre gesunden Glieder einbüßten“ und „ihr Leben lang Krüppel bleiben werden“. Im Anschluß daran machten wir bekannt, daß der empörende Brauch, Kinder vom Schulunterricht zu beurlauben, damit sie an der Massenschlächtereier bei einer Treibjagd als Treiber teilnehmen können, noch immer in vielen Gegenden Deutschlands nicht durch Gesetze und Verordnungen abgeschafft ist und in einigen sogar durch besondere Verfügungen von Schulbehörden erlaubt wird. Im Osten Deutschlands scheint diese abscheuliche Kinder-Ausbeutung jetzt vielfach üblich zu sein; denn am Ende des Jahres 1925 verunglückte wieder in der Nähe einer ostdeutschen Stadt ein Kind nach der Teilnahme an einer Treibjagd.

Nach Mitteilungen der „Elbinger Zeitung“ hielt am Anfang des Dezember 1925 das Magistrats-Mitglied Stadtförsterrat Loewe auf dem Gelände der Stadt Elbing eine Treibjagd ab, an der auch Bürgermeister Dr. Bartels und ein Staatsanwalt teilnahmen. Als Treiber dienten Schulkinder. Die Kinder mußten schon um 6 Uhr morgens das Haus verlassen, da sie um 8 Uhr in Lenzen sein sollten, wo die Treibjagd stattfand. Von 8 Uhr bis am Nachmittag leisteten sie Treiberdienste. Als Entschädigung erhielten sie 1,50 Mark. Nach der Treibjagd wurden sie in einem Schlitten bis in die Nähe der Stadt gefahren; den etwa 1,2 km langen Rest des Heimwegs sollten sie gehen. Ein 13jähriger Junge, der offenbar durch die Kälte und die Müdigkeit besonders litt, setzte sich hinter einen Strauch, um sich auszuruhen. Da er nicht nach Hause kam, suchte ihn der Vater am andern Tage und fand ihn erfroren hinter dem Strauch.

Auf eine in einer Elbinger Stadtverordneten-Versammlung von dem Stadtverordneten Forstthoff vorgetragene Anfrage antwortete einer der Teilnehmer an der Jagd, Bürgermeister Bartels, der De z e r n e n t f ü r d a s

Alle Mitglieder bitten wir,
vielen ihrer Briefe Flugblätter unseres Bundes beizulegen.
Besonders bitten wir sie, die Flugblätter Nr. 126, 127 und 128 auf diese Weise zu verbreiten. Jedes dieser Blätter wiegt etwa 9 Gramm; ein einfacher Brief darf 20 Gramm wiegen. Wir liefern diese Blätter kostenfrei.

städtische Schulwesen: er bedauere den Unglücksfall; aber es liege ein gewisses Selbstverschulden vor; die Heranziehung von Schulkindern zu Treibjagden sei allgemein üblich. Die Stadtverordneten-Versammlung war mit einer solchen Antwort nicht zufrieden und verlangte vom Magistrat einen genaueren Bericht. Dieser wurde in der Sitzung vom 8. Januar 1926 erstattet. Das „Königsberger Tageblatt“ veröffentlichte eine Zuschrift, der wir die folgenden Sätze entnehmen:

„Der Bericht, den der Oberbürgermeister Dr. Merten erstattete, war reichlich kurz. Er beschränkte sich darauf, zu erklären, daß der Magistrat nach eingehender Erörterung zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß ein Verschulden eines städtischen Beamten nicht nachgewiesen werden könne, und daß der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren eingestellt habe. — Für einen Laien ist ein solcher Abschluß eines Jagdvergnügens, bei dem ein Kind von 13 Jahren sein Leben verliert, und bei dem keinen Menschen die Schuld daran trifft, unverständlich ... Erwiesen ist es, daß ein Beamter der Stadt Elbing die Jagd veranstaltet hat. Der Dezernent für das städtische Schulwesen, Herr Bürgermeister Dr. Bartels, als Teilnehmer an der Jagd, gestattet, daß ... Schulkinder bei einer Treibjagd als Treiber mitwirken. Die Kinder müssen um 6 Uhr die elterliche Wohnung verlassen ... und den Tag über als Treiber arbeiten, obwohl der Dezernent des Schulwesens wissen mußte, daß, wie Stadtverordneter Jetzlauff ausführte, ein Reichsgesetz vom Jahre 1903 besteht, wonach Kinder nicht vor 8 Uhr morgens und nicht länger als 3 bis 4 Stunden am Tage beschäftigt werden dürfen. Die Kinder werden abends nach harter Arbeit auf dem Schlitten bis 1,2 Kilometer vor ihre Behausung gefahren; obwohl eine bittere Kälte herrscht, sollen sie diesen Weg zu Fuß zurücklegen. Dieser Weg wird die Ursache des Todes eines Kindes, und dennoch trifft keinen die Schuld? Ein Stückchen eigener Art ist es, wenn Herr Bürgermeister Dr. Bartels auf die Vorwürfe des Stadtverordneten Heß, daß sich der erwerbslose Vater des toten Kindes das Geld zur Beerdigung habe zusammenbetteln müssen, erklärt, dem Vater des Kindes seien die nötigen Mittel vom städtischen Wohlfahrtsamt zur Verfügung gestellt worden. Seit wann hat denn das Wohlfahrtsamt für die Teilnehmer an der Jagd, die doch für ihre Treiber verantwortlich sind, auch wenn sie Magistratsmitglieder sind, aufzukommen? Wer zahlt das Geld zurück? Doch nicht etwa der erwerbslose Vater des Kindes? — Wenn der Staatsanwalt keinen Grund zum Einschreiten hatte, hat der Herr Justizminister auch keinen? ... Ist das Leben eines Arbeiterkindes so wertlos, daß die Aufsichtsbehörde nicht einmal Ermittlungen anstellt? Ist ein Dezernent des Schulwesens einer Stadt wie Elbing nicht verpflichtet, Kindern, die ohne Erlaubnis der Schulbehörde bei bitterer Winterkälte Treiberdienste verrichten, sofort nach Hause zu schicken? Kennt der Herr Dezernent des Schulwesens die notwendigsten Gesetze über die Kinderarbeit nicht? ... Womit will Herr Bürgermeister Dr. Bartels ein Selbstverschulden des Kindes begründen?“

Wie wirken Tierquälereien im Cirkus auf unverdorrene Kinder?

Von Hans Klassen,

Leiter des Kinder-Landheims in Sonnefeld bei Coburg.

In unserm Ort sind die meisten Kinder in Bezug auf den Tierschutz recht aufgeklärt. Die bekannten Jugend-Roheiten, wie Nester-Ausnehmen, Frösche-Aufblasen u. s. w., sind verpönt. Die Lehrerschaft hat ihr Bestes getan. In fast jedem Garten, an fast jedem Haus sieht man Nistkästen und im Winter Futterplätze für die zutraulichen Vögel. Und so sehr wir auch aufpassen, wir haben hier noch nie eine Tierquälerei von Kindern beobachtet. Das ist wohl eine seltene und erfreuliche Tatsache, die uns Mut für die Zukunft machen kann.

Vor einigen Wochen ging nun wie ein Lauffeuer die Kunde durch das Dorf: „In Coburg ist ein Cirkus angekommen.“ Große Plakate weckten die Neugier der Kinder, und schließlich erreichten sie es bei Eltern und Lehrern, daß etliche Klassen der Schule geschlossen nach der nahen Stadt wanderten, um das Wunder zu besehen. Da weit und breit kein zoologischer Garten ist, und die meisten Kinder noch nie ausländische Tiere gesehen hatten, schien uns die Freude der Kinder so berechtigt, daß wir uns mit den Insassen unsers Kinderheims ihnen anschlossen. Aber was erlebten wir? Enttäuscht, entsetzt und ganz geknickt kamen die Kinder mit ihren Begleitern am Abend heim. „Pfui, diese Tierquälerei!“ tönte es in allen Tonarten. Die armen Elephanten, man hat sie gestochen mit langen spitzen Eisen, daß sie laut aufbrüllten, wenn sie ihre Kunststücke machten. Und der „Wüstenkönig“, der Löwe, ach, er mußte zähnefletschend auf einer Kugel gehen und sich peitschen lassen. Das soll schön sein, daran soll man sich freuen! Und die engen, schrecklichen Käfige, die rohen, peitschenden, schreienden Menschen! Was müssen die Tiere beim Einfangen in der Wildnis und auf den Transporten in der heißen Eisenbahn erdulden! Die schwermütigen Eisbären, die hungrigen Seelöwen! Hat der geldgierige Mensch das Recht, sie aus ihrer schönen Freiheit und ihrem Klima zu reißen und in diesen verpesteten, überfüllten Zelten bis aufs Blut zu quälen? Das ist beinahe ebenso scheußlich wie die spanischen Stiergefächte. Unsere Kinder, die sich auf den Cirkus-Besuch so sehr gefreut hatten, waren, wie gesagt, über diese Tierquälereien tief empört; und am nächsten Abend fand in Sonnefeld eine Protestversammlung von Kindern statt, in der diese Schauspiele mit scharfen Worten gebrandmarkt wurden, um auch den noch nicht ganz überzeugten Bewohnern von Sonnefeld die Abscheulichkeit solcher Vergnügungen klarzumachen. — Von uns und unsern Kindern bekommt kein Cirkus mehr einen Pfennig für seine Tierquälerei.

Soeben lese ich in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ unter der Ueberschrift „Härtere Strafen!“, daß ein Film-Regisseur für eine abscheuliche Tierquälerei mit nur 150 Mark bestraft wurde. Er hat trotz allen Warnungen

von Seiten seiner Leute zwei lebendige Pferde absichtlich einen Abgrund hinunter gejagt, sodaß sie zerschmettert unten liegen blieben. Er wollte diese Scene nicht mit Trickaufnahmen filmen lassen und bestand darauf, daß eine „naturalistische“ Aufnahme gemacht werde; deshalb mußten die unglücklichen Tiere, die wahrscheinlich ihr ganzes bisheriges Leben in schwerem Dienst für die Menschen verbracht hatten, einen so schrecklichen Tod sterben. — Ein anderer Film-Regisseur, in Babelsberg bei Potsdam, wollte im Film zeigen, wie Krokodile Menschen verschlingen. Da er ihnen aber keine wirklichen Menschen vorwerfen darf, sollten die Tiere Puppen verschlingen. Das tun die Krokodile aber nicht, wenn sie nicht sehr hungrig sind. Deshalb wurden sie erst gründlich ausgehungert, und damit sie sich in ihrer Verzweiflung nicht etwa gegenseitig zerfleischten, band man ihnen das Maul mit einem Tau zu.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bemerken dazu, daß diese Abscheulichkeiten nicht nur aus Mitleid mit den Tieren zu verwerfen sind, sondern auch unserm Volk ungeheuern Schaden tun. Besonders Kinder können durch den Anblick solcher Roheiten seelisch verdorben werden. Gut erzogene Kinder wenden sich zwar, wie das soeben angeführte Beispiel zeigt, mit Abscheu von solchen Schauspielen ab, wenn sie nicht etwa anormal veranlagt sind. Wenn sie aber nicht gut erzogen werden, und wenn sie sehen, daß ihre Erzieher sich über solche Roheiten freuen, oder sie wenigstens stillschweigend dulden, dann verlieren auch viele ursprünglich gut geartete Kinder bald das Mitleid mit den Opfern menschlicher Sensationslust, und schließlich erwacht auch in ihnen die Grausamkeit gegen Menschen und Tiere. Die erschreckende Zunahme schwerer Roheits-Verbrechen zeigt deutlich, welchem Abgrund wir uns nähern. Daher haben wir alle die Pflicht, nicht nur solche Schauspiele nicht zu besuchen und die Kinder von ihnen fernzuhalten, sondern auch öffentlich gegen die Verübung solcher Roheiten zu protestieren und den Veranstaltern mündlich und schriftlich zu sagen, daß es nicht wenige Menschen giebt, die für solche Darstellungen keinen Blick und keinen Pfennig übrig haben.

Nachschrift: Den Lesern, welche Kinder in ein vegetarisches Erholungsheim schicken möchten, empfehle ich, den Verfasser des vorstehenden Aufsatzes um einige Schriften über das von ihm geleitete Kinder-Landheim in Sonnefeld bei Coburg zu bitten. Ich habe das Heim im August 1926 besucht und glaube, daß die Kinder dort gut gepflegt werden, und daß die Leiter es auch verstehen, die sittliche Entwicklung ihrer Zöglinge günstig zu beeinflussen. (Man beachte, daß das Heim nicht in der bekannten Spielwaren-Stadt Sonneberg in Thüringen, sondern in dem Dorf Sonnefeld bei Coburg liegt.) — Einem kleinen Flugblatt des Kinder-Landheims sind die folgenden Angaben entnommen.

M. S.

„Wir nehmen in unser Landheim Knaben und Mädchen auf im Alter von 2 bis 14 Jahren, in Dauerpflege, zur Erziehung und Erholung, bezw. zum Ferien-Aufenthalt im Sommer und im Winter.

Die Kinder müssen ein ärztliches Attest über ihren Gesundheits-Zustand mitbringen und dürfen nicht mit ansteckenden Krankheiten behaftet oder bettlägerig sein.

Schwächliche, unterernährte, blutarme und schwer erziehbare Kinder hingegen sind zugelassen und genießen besondere Pflege und individuelle Behandlung.

Schulpflichtige Kinder können die hiesige Volksschule besuchen oder auch die höheren

Schulen in Coburg (Mittelschule, Realschule und Gymnasium). — Eigener Schulbetrieb ist für die Zukunft vorgesehen, und schon in der nächsten Zeit wird damit begonnen.

Konfessionelle und sonstige Unterschiede bestehen nicht.

Die erholungsbedürftigen Ferien-Kinder werden 6–8 wöchentlich in Gruppen bis zu 50 vom 1. Mai bis zum 1. November aufgenommen.

Sonnefeld liegt von Bergen und Wäldern umgeben in 350 Meter Höhe an der bayerisch-thüringischen Grenze und ist in jeder Beziehung zur Erholung für Kinder geeignet.

Die ganze Arbeit im Heim geschieht auf lebensreformerischer und quäkerischer Grundlage.“

Schenkt den Kindern kein Kriegsspielzeug und keine Peitschen!

Mehrere pazifistische Vereine haben in den letzten Jahren mit nachweisbarem Erfolge die Unsitte bekämpft, Blei-Soldaten und Nachbildungen von Kriegs-Waffen Kindern zum Weihnachtsfest zu schenken. Besonders der deutsche Zweig der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ in München, Kaulbachstr. 12, und der von Ernst Friedrich geleitete Bund „Freie Jugend“ in Berlin C 2, Parochialstr. 29, haben gute Flugblätter herausgegeben, in denen darauf hingewiesen wird, daß in vielen Kindern durch das Kriegsspielen leicht die Freude am wirklichen Krieg geweckt werden kann. — Einige Pazifisten in Berlin haben in den letzten Jahren in der Weihnachtszeit mehrere Warenhäuser und große Spielwarenhandlungen besucht, um festzustellen, ob solches Spielzeug noch viel gekauft wird. Die Verkäufer in diesen Geschäften erklärten ihnen, daß diese Waren nur noch wenig verlangt werden. — Leider vermissen wir in den Flugschriften gegen das Kriegsspielen einige Worte gegen den Unfug, Kindern Peitschen zum Spielen zu geben, der aus demselben Grunde verwerflich ist wie das Verschenken von Soldatenspielzeug. Nur in einem Aufsatz, den Elise Neidt im Dezember 1925 im sozialdemokratischen Coburger „Volksblatt“ veröffentlichte, fanden wir einen Hinweis darauf, daß nicht nur das Soldatenspielen, sondern auch das Spielen mit Peitschen Kinder verrohen kann. Manche Kinder, denen eine Peitsche zum Spielen gegeben wird, fühlen bald auch den Wunsch, sie im Ernst anzuwenden, also schwächere andere Kinder und wehrlose Tiere zu schlagen; denn alles, was sie spielend an leblosen Dingen tun, wollen die meisten Kinder bald gern im Ernst an lebenden Wesen tun. Und selbst in den meisten derjenigen Kinder, in denen das Spielen mit der Peitsche nicht die Lust zum Schmerz erzeugen weckt, wird doch die Abneigung gegen das Peitschen lebender Wesen vermindert. Ein Kind, das sich daran gewöhnt, sein Schaukelpferd zu peitschen, findet in der Regel auch nichts Schlimmes darin, daß ein Kutscher lebende Pferde peitscht. — Wir wünschen schon seit Jahren, ein Flugblatt gegen das Verschenken von Soldatenspielzeug und von Peitschen zu veröffentlichen. Es fehlte uns aber bisher das Geld dazu. M. S.

Das Gemeindebestimmungsrecht zur Bekämpfung des Alkoholismus.

„Gemeindebestimmungsrecht“ nennt man das Recht der Gemeinde, durch Abstimmungen, an denen alle wahlberechtigten Einwohner teilnehmen dürfen, eine Beschränkung der Zahl der Stätten, an denen alkoholische Getränke ausgeschänkt und verkauft werden dürfen, zu beschließen und die Zeit, in der alkoholische Getränke ausgeschänkt werden dürfen, festzusetzen. Auch das Recht, das gänzliche Verbot des Ausschanks innerhalb ihres Gebietes zu beschließen, soll den Gemeinden durch das Gemeindebestimmungsrecht gewährt werden.

Die meisten deutschen Alkoholgegner-Vereine fordern, daß das Gemeindebestimmungsrecht, das sich in andern Ländern bewährt hat, durch Bestimmungen in dem neuen Schankstättengesetz auch in Deutschland eingeführt werde.

Um dem Reichstag und der Regierung zu zeigen, daß Millionen deutsche Bürger das Gemeindebestimmungsrecht fordern, ließ der „Reichsausschuß für das Gemeindebestimmungsrecht“ Unterschriften sammeln unter die Erklärung:

„An den Deutschen Reichstag.

Wir fordern das Gemeindebestimmungsrecht.

Wir fordern das Recht, in unserer Gemeinde oder unserm Gemeindebezirk darüber abzustimmen und zu entscheiden, welchen Beschränkungen die Erteilung von Schankerlaubnissen im Bezirk unterliegen soll.“

Vom 14. März bis zum 25. Mai 1926 wurden etwa 2 565 000 Unterschriften gesammelt, die dem Reichstag übergeben wurden. Nie vorher wurde eine Forderung an den Reichstag, für die von Vereinen ohne Unterstützung der Behörden Unterschriften gesammelt wurden, von so vielen Personen unterschrieben.

Die Bewegung gegen den Alkoholismus ist durch diese Probe-Abstimmung sehr gefördert worden. Beim Unterschriften-Sammeln hatten die Alkoholgegner Gelegenheit, Millionen Menschen, die bisher nur wenig durch Vorträge und Schriften über das Unheil, das der Alkoholgenuß hervorbringt, aufgeklärt wurden, davon zu überzeugen, daß sie, wie in einem Flugblatt des Reichsausschusses gesagt wird, „nicht länger untätig zusehen dürfen, wie dieser Feind unsers Volkslebens trotz unserer Armut jährlich nahezu dreitausend Millionen Goldmark verschlingt, wie trotz der Wohnungsnot immer neue Likörstuben und andere Schankstätten eingerichtet werden, wie der Alkoholismus Tausende von Familien zu Grunde richtet und die Ursache von unzähligen Verbrechen wird, durch die Gefängnisse und Irrenhäuser bevölkert werden.“

Empfehlenswerte Schriften über das Gemeindebestimmungsrecht hat der „Reichsausschuß für das Gemeindebestimmungsrecht“ in Berlin-Dahlem, Werderstr. 16, herausgegeben.

* * *

Kurz vor dem Beginn der Probeabstimmung veröffentlichte der „Deutsche Verein gegen den Alkoholismus“, dem der genannte Reichsausschuß angeschlossen ist, eine Broschüre mit dem Titel: „Stimmen deutscher Männer und Frauen zum Gemeindebestimmungsrecht. Ergebnis einer Umfrage“. Auch ich war von diesem Verein um einen Beitrag zu dieser Gutachten-Sammlung gebeten worden. Ich sandte ihm die folgende Meinungs-Aeußerung:

„Ich halte den Alkoholgenuß für ein Hemmnis der gesamten sittlichen Entwicklung des deutschen Volkes, sowie für eine Ursache seiner heutigen wirtschaftlichen Not, und die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes für eines der wirksamsten Mittel, die wir heute in Deutschland anwenden können, um das durch den Alkoholgenuß erzeugte Elend einzuschränken.

Es ist eine Schande der Mehrheit des deutschen Volkes, daß es sogar in den Jahren, in denen es von Amerikanern, also von Angehörigen eines Volkes, das in seinem Lande jeden Alkoholgenuß verbietet, große Summen als Almosen zur Speisung seiner hungernden Kinder annahm, es nicht als seine Pflicht erkannte, zunächst wenigstens durch die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes das weitere Anwachsen des Alkoholgenusses zu verhindern, und daß es sogar in jenen Jahren Summen, die noch viel größer waren als die von Amerika empfangenen Almosen, für den Alkoholgenuß ausgab, — Summen, mit denen es nicht nur alle seine hungernden Kinder selber hätte mit Nahrung versorgen, sondern auch die Erwerbslosen und die durch den Krieg arbeitsunfähig gewordenen Männer besser vor Hunger und Kälte hätte schützen können.“

Zu meiner Verwunderung hat der „Deutsche Verein gegen den Alkoholismus“ in der genannten Broschüre nur den ersten dieser Sätze abgedruckt, ohne mich zu fragen, ob ich mit der Weglassung des andern Satzes einverstanden wäre und ohne die Weglassung durch Punkte anzuzeigen. Eine solche Kürzung einer Antwort auf eine Umfrage ist unstreitig unberechtigt. — Ich halte es für wichtig, darauf hinzuweisen, daß diejenigen Deutschen schändlich handelten, die große Summen für den Alkoholgenuß ausgaben und, obwohl sie eine Einschränkung des Alkoholgenusses durch die Gesetzgebung hätten erwirken können, nichts taten, um das durch den Alkoholgenuß entstandene Elend zu vermindern und sogar in der Zeit des größten Mangels an Nahrungsmitteln duldeten, daß große Nahrungsmittelmengen für die Herstellung von Alkohol benutzt wurden, während Tausende von deutschen Kindern nur durch die Almosen eines Volkes, das in seinem Lande den Alkoholgenuß verbietet, vor Hunger und Krankheit geschützt wurden. Daher veröffentliche ich hier den vollständigen Text meiner Antwort auf die Rundfrage des „Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus“.

M. S.

Ueber unsere politische Tätigkeit.

Unsere Verbreitung des Flugblattes „Was sagt Hindenburg?“ hat nur etwa ein halbes Dutzend Mitglieder veranlaßt, aus unserm Bund auszutreten; aber sehr groß ist die Zahl derer, die uns für die Zusendung dieses Blattes dankten und es weit verbreiteten. Keiner von denen, welche die Herausgabe des Flugblattes mißbilligten, hat versucht, die in ihm ausgesprochenen Behauptungen zu widerlegen. — Wir bedauern, daß einige Mitglieder unsere Agitation gegen die Erwählung Hindenburg's zum Reichspräsidenten für unberechtigt hielten; aber da ihre politischen Ansichten weit von den in dem Programm und andern Schriften unsers Bundes ausgesprochenen abweichen, so bedauern wir nicht, daß sie aus ihm ausgetreten sind. Wir hoffen, daß sie diejenigen unserer Bestrebungen, die sie durch den Beitritt zu unserm Bunde fördern wollten, fortan durch Unterstützung anderer Vereine fördern werden.

Einige dieser Mitglieder sprachen die Ansicht aus, ein ethischer Verein müsse sich von allen politischen Bestrebungen fernhalten. Auch früher wurde mir mündlich und schriftlich von manchen Freunden ethischer Bestrebungen gesagt: mein rein ethisches Wirken möchten sie gern unterstützen, aber sie könnten es nicht, weil ich Ethik und Politik mit einander verquickte, und sie das für ganz verwerflich hielten. Wenn man es aber für verwerflich erklärt, dafür zu wirken, daß die Gebote der Ethik auch in der Politik befolgt werden, so spricht man die widersinnige Ansicht aus, daß es unberechtigt sei, solche Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, die durch politisches Handeln verübt werden und nur durch eine Aenderung der Politik verhindert werden können. Auch Tolstoi hat in einigen Schriften die Mitarbeit an politischen Reformen für schädlich erklärt; und ich habe in meiner Schrift „Das Recht zur Gewaltanwendung“ (Seite 35—36) diesen Behauptungen kurz widersprochen. Ich beabsichtige schon lange, in einer Schrift über „Ethik und Politik“ nachzuweisen, daß jede politische Frage auch eine ethische Bedeutung hat, und daß jeder Mensch, der eine falsche Politik nicht bekämpft, trotzdem er sie ohne Vernachlässigung von Arbeiten, durch die er mehr Gutes wirken kann als durch sein politisches Wirken, bekämpfen könnte, mitschuldig ist an allen Uebeln, die durch die falsche Politik entstehen (also zum Beispiel an der Entstehung eines Krieges).

Das politische Wirken bringt den Menschen nicht in größere Gefahren für die Entwicklung seines sittlichen Charakters als zahlreiche andere Arbeiten, die kein vernünftiger Mensch für sittlich verwerflich hält. Auch die Ausübung des ärztlichen Berufes kann „den Charakter verderben“; aber wahnsinnig wäre es, deshalb das Heilen kranker Menschen für eine unsittliche Handlung zu erklären.

Verwunderlich ist es, daß die Menschen, die unsere Verbreitung des Flugblattes „Was sagt Hindenburg?“ so scharf mißbilligen, daß sie nicht mehr unserm Bund angehören wollen, diesem beigetreten sind; denn in unserer Satzung wird erklärt, daß der Bund „auch an sozialen und

politischen Bestrebungen teilnehmen soll“, und aus unserm Flugblatt „Programm und Satzung“ und andern Schriften, die wir allen Bestellern unserer Schriften senden, ist auch die Richtung unsers politischen Wirkens zu erkennen.

M. S.

Ueber den Volksentscheid für die Enteignung der Fürsten.

Unser Bund schloß sich, nach langer Unentschiedenheit, dem „Reichsausschuß für Fürsten-Enteignung“ an. Der Kampfesruf: „Keinen Pfennig, keinen Ziegelstein und keinen Quadratfuß Land den Fürsten!“ erhebt zwar eine ungerechte Forderung; aber es war ja klar, daß auch durch die Annahme des vorgeschlagenen „Gesetzes zur Enteignung der Fürstenvermögen“ diese Forderung nicht erfüllt werden würde.

Unser Vorsitzender suchte im Ausschuß dahin zu wirken, daß wenigstens in den nicht hauptsächlich für sozialistische Arbeiter bestimmten Agitations-Schriften der soeben angeführte Kampfesruf ersetzt werde durch die Worte: „Gleiches Recht für Alle!“ Er und einige andere Ausschuss-Mitglieder bemühten sich, leider vergebens, die Mehrheit des Arbeits-Ausschusses davon zu überzeugen, daß der Reichsausschuß seine Hauptaufgabe nicht darin erblicken dürfe, die großen Massen der Arbeiter, die ja schon für die Bewegung zur Fürsten-Enteignung gewonnen waren und ununterbrochen durch die sozialistischen Parteien zum Agitieren für diese Bewegung angeregt wurden, mit Werbeschriften zu überschütten, sondern die vielen nicht den sozialistischen Parteien angehörenden Menschen, die zwar über die Forderungen der meisten Fürstenhäuser empört waren, aber das vorgeschlagene Enteignungs-Gesetz für ein ungerechtes „Ausnahme-Gesetz“ hielten, von der Berechtigung der Fürsten-Enteignung zu überzeugen. — Er legte dem Ausschuß den Entwurf eines Flugblattes mit der Ueberschrift „Gleiches Recht für Alle!“ vor. Es begann mit den Worten:

„Verstößt die Fürsten-Enteignung gegen den Grundsatz ‚Gleiches Recht für Alle‘? Nein. Auch nach der Annahme des jetzt zur Abstimmung gebrachten Gesetzes würden die Fürsten die am meisten bevorrechtete Klasse des deutschen Volkes bleiben. — Die Forderung ‚Gleiches Recht für Alle‘ schließt in sich die Forderung ‚Gleiche Lasten für Alle‘. Daher muß jeder, der die Rechtsgleichheit der Bürger fordert, auch verlangen, daß die Folgen eines solchen Unglücks, wie es der Weltkrieg war, gleichmäßig von allen Klassen des Volkes getragen werden. Keine andere Klasse des deutschen Volkes hat aber durch den Krieg und seine Nachwirkungen (Inflation und sonstige Wirtschaftskrisen) so wenig gelitten, wie die Fürsten selbst nach der Annahme des beantragten Gesetzes leiden würden.“

Dann folgte eine eingehende Begründung dieser Sätze. Auch auf die Gefahr, daß manche Fürsten ihre riesengroßen Reichtümer dazu benutzen würden, monarchistische, zu einem Bürgerkriege treibende Bestrebungen zu unterstützen, wurde in dem Aufsatz hingewiesen.

Einige der Führer der Bewegung für die Fürsten-Enteignung haben sich viel bemüht, die Mehrheit des Arbeits-Ausschusses zu dem Beschluß zu bringen, sogleich das Flugblatt in hoher Auflage herauszugeben. Leider ist ihnen das nicht gelungen. Es ist uns nicht möglich, hier darüber zu berichten, mit welchen haltlosen Gründen die Mehrheit die Veröffentlichung eines solchen Flugblattes ablehnte. Leider erfolgte die Ablehnung so spät, daß es nicht mehr möglich war, den Aufsatz in einem Flugblatt einer andern Organisation oder in einer Zeitung zu veröffentlichen.

Gegen die Fridericus-Briefmarke.

Kein Kriegsgegner, kein Republikaner, kein Freiheitliebender darf die neue Briefmarke mit dem Bilde Friedrichs II. von Preußen benutzen.

Anstatt einer Fridericus-Marke zu 10 Pf. benutze man 2 Marken zu 5 Pf.

Wer den Charakter dieses Mannes kennen lernen will, lese Mehring's „Lessing-Legende“ und das neue Werk „Fridericus“ von Werner Hegemann (Verlag von Jakob Hegner in Hellerau bei Dresden; Preis 15 Mark).

Wir bitten unsere Mitglieder und Freunde, die uns Geld in Briefmarken senden wollen, uns keine Fridericus-Marken zu schicken.

Der „Theosophische Orden des Dienens“.

Der „Internationale Theosophische Orden des Dienens“, dessen Zentrale sich in England befindet, hat sich das Ziel gesetzt, auf allen Gebieten des Lebens das Ideal der Brüderlichkeit in die Tat umzusetzen. Er fordert Brüderlichkeit der Menschen untereinander, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheiten von Rasse, Klasse, Nation, Religion und Geschlecht; aber auch Brüderlichkeit der Menschen gegenüber den jüngeren Kindern der Schöpfung, den Tieren und Pflanzen.

Der genannte Orden besitzt Landesgesellschaften in den meisten Ländern der Erde und umfaßt Gruppen für Tierschutz, Lebensreform jeder Art, Pazifismus, Neuordnung des Strafrechtes, Sträflingsfürsorge, Dienst für hilfsbedürftige Frauen, Völkerbundarbeit, Herstellung von Blindenschriftwerken (nach dem Braille-System), Reform des Kunstlebens u. s. w.

Der Orden nennt sich „theosophisch“, weil er das Ideal der Brüderlichkeit mit der Theosophischen Gesellschaft gemeinsam hat; doch wird von den Mitarbeitern in keiner Weise eine bestimmte Ueberzeugung verlangt, oder auch nur erwartet.

Die österreichische Sektion des genannten Ordens befaßt sich hauptsächlich mit Tierschutz, Blindenschriftwesen, Sträflingsfürsorge, Frauenschutzarbeit und Reform des Kunstlebens. Auf allen diesen Gebieten ist bereits Ersprießliches geleistet worden. Insbesondere kontrollieren Organe der Vereinigung die Schlachthäuser und Fischmärkte und sind erfolgreich bemüht, vorläufig wenigstens die ärgsten Mißstände aufzudecken und zu

beseitigen. Andere Beamte des Ordens haben die Erlaubnis erhalten, die Sträflinge in den Gefängnissen regelmäßig zu besuchen, und trachten auf mannigfache Art das Los dieser unglücklichen Opfer einer verkehrten Gesellschaftsordnung zu erleichtern.

Der Orden arbeitet gemeinsam mit allen Organisationen, welche in diesen Richtungen schon tätig sind, bedarf aber dringend weiterer Mitarbeiter. Oesterreichische Interessenten, welche Sympathie für eine der genannten Betätigungen haben, werden gebeten, sich an

Dr. Walther Klein, Wien VIII, Piaristengasse 62, zu wenden.

Wandervogel vegetarischer Art.

Seit 3 Jahren besteht ein Bund mit dem Namen „Wandervogel vegetarischer Art“, der den Vegetarismus und verwandte Bestrebungen innerhalb der Jugendbewegung fördern soll. Vom 8.—14. August veranstaltete er in Carlshafen an der Weser eine „Tagung für Lebenserneuerung“, die zwar nur von 45 Personen besucht war, diesen aber wertvolle Anregungen bot. Minna Specht, die zu den Führern des Internationalen Jugendbundes gehört, und Magnus Schwantje hielten dort Vorträge über „Vegetarismus, Tierschutz und soziale Gerechtigkeit“. Dr. Justus Bielefeld sprach über „Hygiene und Wirtschaft“. Bei einer Verfassungsfeier des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ gingen die Teilnehmer an der Jugendtagung in einem Umzug durch die Straßen Carlshafens mit und trugen ein Schild mit der Aufschrift: „Du sollst nicht töten!“ Am Schluß des Umzuges hiel Adolf Braun, von der Neuwerk-Gemeinschaft in Sannerz, eine wirkungsvolle Rede, in der er zur Verweigerung jedes Kriegsdienstes aufforderte. — Leider können wir wegen Mangels an Raum hier nicht über die andern Veranstaltungen der Tagung berichten.

Unsere jüngern Mitgliedern, sowie auch den ältern, die der freien Jugendbewegung nahestehen, empfehlen wir, den Vorsitzenden des Bundes „Wandervogel vegetarischer Art“: Richard Richter in Barmen, Gewerbeschulstraße 28, um einige Schriften dieses Bundes zu bitten. — Die Septembernummer seiner Zeitschrift: „Die Erde“ enthält den größten Teil des Vortrags von Magnus Schwantje. Wir liefern sie unsern Mitgliedern kostenfrei.

Zu den Leitern des Bundes gehört unser Mitglied Hedwig Eichbauer in Hamm an der Sieg, die schon zahlreiche Tagungen im Sieger Land veranstaltete, von denen einige von vielen Hundert Personen besucht waren, und auf denen viele Schriften des Bundes für radikale Ethik verbreitet wurden. Auch durch manche andere Arbeiten hat diese eifrige Gesinnungsgenossin unserer Bewegung große Dienste geleistet. Im Jahre 1927 soll ein großer internationaler Jugend-Kongreß stattfinden, zu dessen Veranstaltung Hedwig Eichbauer einige große Verbände angeregt hat. Wir wollen in der nächsten Nummer über diesen Plan mehr berichten.

Dritte Auflage des Flugblattes

„Der erste Schritt zur Grausamkeit“.

In den letzten Jahren war unser Flugblatt Nr. 102: „Der erste Schritt zur Grausamkeit“ nur in so geringer Anzahl vorrätig, daß wir jedem Besteller nur wenige Exemplare senden konnten. Da aber im August 1926 der Münchener „Verein gegen Vivisektion und andere Tierquälerei“, außer vielen andern Schriften, 3500 Exemplare dieses Blattes bestellte, die er hauptsächlich an Lehrer in Bayern senden will, so ließen wir im September 13 000 Exemplare drucken.

Schon die Ausstattung der 2 früheren Auflagen dieses, mit einem Titelbilde und drei Vignetten von F i d u s geschmückten und auf feinem mattgrünem Papier gedruckten Flugblattes wurde viel bewundert. Die neue Auflage sieht aber noch schöner aus, da wir ein gestrichenes Kunstdruckpapier benutzt haben, auf dem bessere Abdrücke der Bilder und der Schrift gemacht werden können als auf dem bisher benutzten Illustrationsdruckpapier. Auch der Aufsatz ist durch einige Aenderungen und Ergänzungen verbessert worden. Aus diesen beiden Gründen senden wir in dieser Nummer den Mitgliedern ein Exemplar der neuen Auflage, trotzdem sie schon ein Exemplar einer der früheren Auflagen erhielten.

Schön ausgestattete Schriften werden viel mehr gelesen und länger aufbewahrt als andere.

Wir bitten unsere Mitglieder, das Flugblatt weit zu verbreiten. 1 Exemplar kostet 5 Pf.; wenn aber weniger als 16 Exemplare bestellt werden, berechnen wir 5 Pf. als Porto. 75 Flugblätter (1 kg) liefern wir für 3,50 M., 400 für 16 M., 1000 für 36 M. portofrei. Jedem Exemplar legen wir das Flugblatt „Liebe Kinder, fangt keine Schmetterlinge“ kostenfrei bei.

500 Exemplare haben wir auf noch feinerem (weniger glänzendem) Papier drucken lassen als den andern Teil der Auflage. Wer mindestens 75 Exemplare bestellt, erhält a u f W u n s c h 2 dieser feineren Abdrücke kostenfrei.

Wir haben in mehreren Versammlungen befreundeter Vereine in Berlin das Flugblatt jedem Anwesenden für 5 Pf. (12 Blätter für 50 Pf.) anbieten lassen, und meistens war die Zahl der verkauften Blätter viel größer als die der Besucher der Versammlung. Wir bitten besonders die Leiter von Vereinen, das Blatt auch in dieser Weise zu verbreiten.

Neue Preise unserer Schriften.

In der Zeit nach dem Kriege haben wir für die Schriften unsers Verlags sehr niedrige Preise gefordert. In der Inflations-Zeit wagten wir es nicht, die Papier-Mark-Preise entsprechend dem Dollar-Kurs zu erhöhen, weil wir befürchteten, daß wir dadurch die Verbreitung unserer neuen Broschüren zu sehr erschweren würden, zumal da in den Jahren 1921—1923

nur wenige Broschüren gekauft wurden, während teure Bücher und Prachtwerke viele Abnehmer fanden. Wir haben durch die Berechnung niedriger Preise immerhin erreicht, daß gerade in jenen Jahren viele unserer Broschüren bestellt wurden, wodurch wir auch viele neue Mitglieder erhielten. Nach der Stabilisierung der Mark war es aber noch schwieriger als in der Inflations-Zeit, Broschüren zu verkaufen, und daher glaubten wir, unsere Schriften nur dann weit verbreiten zu können, wenn wir ungewöhnlich niedrige Preise forderten. Im September 1926 haben wir aber doch beschlossen, die Preise zu erhöhen, weil wir vielleicht nicht in der Lage sein würden, neue Auflagen drucken zu lassen, falls wir für die jetzt vorrätigen Exemplare nicht höhere Beträge einnehmen. Wir haben daher ein

neues Schriften-Verzeichnis

herausgegeben, in welchem erhöhte Preise gefordert werden. Dieses Verzeichnis senden wir in dieser Nummer allen Mitgliedern. Es kann auch als Werbeblatt benutzt werden, da auch die Bestimmungen der Satzung über den Zweck unsers Bundes in ihm abgedruckt werden. — Ein größeres Schriften-Verzeichnis wollen wir erst nach der Veröffentlichung der Schrift „Das Recht des Tieres“ herausgeben.

Im Dezember dieses Jahres liefern wir unsern Mitgliedern die von uns herausgegebenen Schriften für die Hälfte des Verkaufspreises, um es ihnen zu erleichtern, viele unserer Schriften zum Weihnachtsfest zu verschenken. Später werden wir den Mitgliedern in der Regel 40% Rabatt gewähren. Sie können also auch noch nach der Preis-Erhöhung Broschüren und kleine Bücher zu ungemein niedrigen Preisen erhalten.

Internationale Tierschutz-Kongresse.

In Philadelphia und in Brüssel haben im Oktober 1926 internationale Tierschutz-Kongresse stattgefunden. Leider war es unserm Bunde nicht möglich, sich auf ihnen durch ein Mitglied vertreten zu lassen. Wir hoffen aber in der nächsten Nummer über die wichtigsten Verhandlungen der Kongresse berichten zu können.

Ueber die Friedens-Kongresse und einige andere Tagungen berichten wir nur deshalb nicht, weil in vielen andern Blättern ausführliche Aufsätze über sie veröffentlicht werden.

Neue Schriften-Besprechungen

können leider erst später in den „Mitteilungen“ veröffentlicht werden, da unser Vorsitzender in diesem Jahr durch andere Arbeiten daran verhindert war, die meisten der vielen neuen Bücher, die ihm zur Besprechung gesandt wurden, zu prüfen.

Weihnachts-Geschenke.

Wir bitten um vorherige Zahlung. Postscheckkonto Nr. 56 771, Berlin.
Wir liefern zu den angegebenen Preisen **portofrei**.

Wichtig. Vom 22. Dezember bis zum Anfang des Januar wird unsere Geschäftsstelle geschlossen sein. Wer die Schriften vor dem Weihnachtsfest zu erhalten wünscht, wird daher gebeten, seine Bestellung so früh abzusenden, daß sie **vor dem 20. Dezember** in unseren Besitz gelangen wird.

Die Schriften unseres Verlages

liefern wir in diesem Jahre den Mitgliedern für die Hälfte des Verkaufspreises **portofrei**. Unser Schriften-Verzeichnis senden wir den Mitgliedern in dieser Nummer.

Durch die Schenkung einer Sammlung unserer Broschüren kann man manchen Freunden ethischer Bestrebungen eine große Freude bereiten und zugleich wertvolle ethische Belehrung und Anregung geben.

Ethische Rundschau.

4 Jahrgänge in 1 Leinenband

mit Golddruck des Titels auf dem Deckel und auf dem Rücken.

Holzfreies Illustrationsdruck-Papier; gefällige Satzanordnung; viele Bilder; Format doppelt so groß wie das der „Mitteilungen“.

Preis für unsere Mitglieder 16 M., für andere Besteller 20 M.

Einen Prospekt mit Urteilen von 38 Schriftstellern, Vereinsleitern u.s.w. über die Ethische Rundschau haben alle unsere Mitglieder erhalten. Mitgliedern, die uns darum ersuchen, senden wir diesen Prospekt noch einmal.

Die Ethische Rundschau enthält hauptsächlich Aufsätze, die in späteren Jahren noch ebenso lesenswert sein werden wie zur Zeit ihrer Veröffentlichung. In „Reichl's Philosophischer Almanach auf das Jahr 1924“, herausgegeben von Dr. Paul Feldkeller, wird anerkannt, daß die Ethische Rundschau „als Magazin für praktische Moralfragen durch ihr **einzigartiges und reiches Material** für Moralphilosophen und Soziologen wertvoll“ ist, und daß „für die einzelnen ethischen Bestrebungen vom Jahre 1912 ab die fortlaufenden Berichte der Ethischen Rundschau die **hervorragendste Quelle**“ sind. Auch zahlreiche andere Sachverständige haben erklärt, daß **keine andere ethische Zeitschrift einen Ueberblick über so viele Bestrebungen** gewährte wie die Ethische Rundschau. Ebenso wichtig wie ihre Berichte über ethische Bestrebungen sind die in ihr enthaltenen **philosophischen Aufsätze, Biographien** u.s.w.

Die Liebe zu den Tieren.

Erzählungen, Gedichte und Abhandlungen.

Herausgegeben von Magnus Schwantje.

Kartonierte 1 M., in Leinen 2 M. — Preise kartonierter Exemplare für unsere Mitglieder: 7 Ex. 6,50 M., 36 Ex. 26 M., größere Mengen nach Vereinbarung.

Ein vollständiges Inhalts-Verzeichnis steht in den Nummern 7 und 8 der „Mitteilungen“.

„Es ist ein wahres **Erbaunungsbuch** für jeden echten Tierfreund und zugleich ein ausgezeichnetes **Werbemittel** für den Tierschutz. Denn wer nicht ein Herz von Stein hat, muß beim Lesen dieses Buches Tierfreund und Tierschützer werden.“ („Anwalt der Tiere. Zeitschrift des Berliner Tierschutz-Vereins.“)

„Es ist eine wertvolle Gabe, die Magnus Schwantje, der bekannte Vorkämpfer einer neuen Ethik, allen — nicht nur den jugendlichen — Tierschützern hier bietet. Wertvoll auch in litterarischer Hinsicht.“ („Das Recht des Tieres. Zeitschrift des Verbandes westdeutscher Tierschutz-Vereine.“)

„Das Büchlein gewährt nicht nur einen ästhetischen Genuß, sondern macht auch die edelsten Regungen der Menschenseele: die Ehrfurcht vor dem Leben in jeder Gestalt und den Willen, allen Leidenden zu helfen, lebendig.“ („Ibis. Deutsche Tierschutz-Zeitschrift.“)

„Ein ganz wunderschönes, anmutiges, herzbewegendes und herzerfrischendes Buch... Eine pädagogische Tat. Ohne Pedanterie im Ethischen; ohne Zelotik.“ (Aus einem Brief von Dr. Kurt Hiller.)

Zahlreiche Mitglieder haben ähnliche Urteile über dieses Büchlein ausgesprochen.

Tierschutz und Kultur.

Von **Manfred Kyber**. 237 Seiten, Klein-Oktav. 1,50 M.
Siehe die Besprechung in Nr. 12 der „Mitteilungen“.

Bertha von Suttner. Ihr Leben und Wirken.

Von **Käte Moritz**. 64 Seiten. 1 M.
Siehe die Besprechung in Nr. 11 der „Mitteilungen“.

Viehlose Landwirtschaft.

Von **Sigurd Svenson**. Aus dem Schwedischen übersetzt von C. Seegelke. 2. Auflage. XII und 57 Seiten. 2 M.
Siehe die Besprechung in Nr. 11 der „Mitteilungen“.

Gesammelte Dichtungen von Christian Wagner.

Herausgegeben von **Otto Güntter**. Mit Bild des Dichters. 244 S. Gebunden 3,50 M.

Christian Wagner, der Bauer und Dichter.

Eine ästhetisch-kritische und sozial-ethische Studie. Von **Richard Weltrich**. Mit Bild des Dichters nach dem Gemälde Emilie Weißer's. 499 Seiten. Broschiert. Statt 6 M. nur 3,50 M.

Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt.

Von Fürst **Peter Kropotkin**. Uebersetzt von **Gustav Landauer**. 294 Seiten. Geheftet 3 M., gebunden 4 M.

Hans Paasche. Sein Leben und Wirken.

Von **Magnus Schwantje**. Mit Bild. 28 Seiten. 40 Pf.

Die englischen Kriegsdienst-Verweigerer.

Mit einem Anhang: Klassischer Pazifismus und Kriegsdienst-Verweigerung. Von **Martha Steinitz**. 32 Seiten. 40 Pf.

Ratschläge und Mahnungen zum Volks- und Menschheitswohle.

Von **Max Herzog zu Sachsen**. 89 Seiten. 1 M.

Tierschutz-Kalender und andere Tierschutz-Schriften für Kinder bestellen man nicht durch uns, sondern durch den „Berliner Tierschutz-Verein“, Berlin S.W. 11, Tempelhofer Ufer 36.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1925.

Einnahmen:

Mitglieds-Beiträge für das Jahr 1925 und für frühere Jahre	985.90 M.
Im Jahre 1925 gezahlte Mitglieds-Beiträge für das Jahr 1926	169.90 „
Sonder-Beiträge	220.90 „
Zahlungen für Schriften	1061.17 „
	2437.87 „
Bestand am 1. Januar 1925	239.21 „
	2677.08 M.

Ausgaben:

Für Schriften unsers Verlages	769.79 M.
Für Prospekte, Rundschreiben, Schriften-Verzeichnisse u.s.w.	50.80 „
Ankauf von Schriften fremden Verlages	415.40 „
Für Versammlungen	41.— „
Porto von Briefen 154.01 M., von Drucksachen 185.99 M., zus.	340.— „
Miete, Heizung, Beleuchtung u.s.w. und Telephon-Gebühren	689.92 „
Für Schreibwaren, Packpapier, Bindfaden u.s.w.	56.55 „
Vergütung für Bureau-Arbeiten	48.85 „
Beiträge an Vereine und verschiedene kleine Ausgaben	151.35 „
	2563.66 M.
Bestand am 31. Dezember 1925	113.42 „
	2677.08 M.

Eine gemeinnützige Stiftung.

In den letzten Jahren vor dem Kriege haben wir unsern Mitgliedern mehrere Mal in Rundschreiben und in der „Ethischen Rundschau“ über die von unserm Mitglied Karl Mann gegründete gemeinnützige Stiftung „Gesundheit-Zentrale“ in Berlin berichtet. Die Firma Gesundheit-Zentrale ist ein Laden- und Versand-Geschäft, das vegetarische Nahrungsmittel, Wäsche, Schuhzeug und die verschiedenen Gegenstände, die der Freund einer naturgemäßen Lebensweise zur Gesundheitspflege braucht, vertreibt. Der Reingewinn wird an gemeinnützige Unternehmungen, besonders an solche, welche die Ausbreitung der naturgemäßen Lebens- und Heilweise fördern, verteilt. Viele Vereine sind von der G.-Z. durch Geldspenden unterstützt worden. In den letzten Jahren hat sie den größten Teil ihres Reingewinns dem vom Deutschen Bund der Naturheilvereine gesammelten Fonds zur Errichtung eines Krankenhauses, in dem die Kranken ausschließlich nach dem Naturheilverfahren behandelt werden sollen, zugewendet. Unser Bund hat von dieser Stiftung vor dem Kriege ungefähr 500 Mark und im September dieses Jahres 100 Mark erhalten. Wir dürfen hoffen, daß sie uns in den nächsten Jahren wieder größere Beträge spenden wird.

Unsere Mitglieder und Freunde können, ohne sich selber ein Geldopfer aufzuerlegen, den Reingewinn der Gesundheit-Zentrale und dadurch auch die den gemeinnützigen Unternehmungen zufallenden Summen erhöhen, indem sie Waren von dieser Firma beziehen. Ihren 32 Seiten umfassenden illustrierten Hauptkatalog versendet sie kostenfrei. Der Laden und die Versand-Abteilung der G.-Z. sind in Berlin W. 9, Linkstr. 40. Wir bitten unsere Mitglieder und Freunde, bei schriftlichen Bestellungen und bei Einkäufen im Laden zu bemerken, daß sie durch den Bund für radikale Ethik zu ihrem Kauf bei der G.-Z. angeregt worden sind.

Verlag: Bund für radikale Ethik, e. V., Berlin W. 15. — Verantwortlich für die Redaktion: Magnus Schwantje, Berlin W. 15. — Druck: Globushaus-Druckerei, Berlin.